

Liv. VI, 35,1-5

Leitfragen:

- 1) Welche Probleme gingen den Reformen voraus?
- 2) Welche revolutionären Maßnahmen bestimmten den Inhalt der Gesetze?
- 3) War mit den *Leges Liciniae Sextiae* die formale Gleichberechtigung der Stände erreicht?

Kommentar:

Im Jahre 375 v. Chr. war die Schuldenlast der Unterschichten Roms so stark angewachsen, dass sie für viele nicht mehr zu begleichen war. Die Gläubiger verfügten nach damaliger Rechtslage über die Möglichkeit, säumige Schuldner in die Leibeigenschaft zu führen. Dies führte zu massenhafter Versklavung ursprünglich freier römischer Bürger, ein für die Plebejer unerträglicher Zustand, der nur durch die Erlangung größerer politischer Macht beendet werden konnte. Daher brachten die Volkstribunen der Jahre 375-68, Lucius Sextius Lateranus und Gaius Licinius Stolo, einen Gesetzesvorschlag zur Abstimmung, durch den die Schuldensumme verringert wurde und zinslos in bis zu drei Jahren abgezahlt werden konnte. Daneben beschäftigte der höchst ungleich verteilte Landbesitz die beiden Tribunen: Er wurde für alle verbindlich nach oben hin auf 500 *iugera* gedeckelt. Die bedeutendste Änderung, die sie anstießen, war jedoch die paritätische Besetzung des Konsulats. Zukünftig sollten immer jeweils ein Patrizier und ein Plebejer das höchste Staatsamt gemeinsam innehaben und sich gegenseitig kontrollieren (Prinzip der Kollegialität). Damit wurde es für Plebejer deutlich einfacher, sich im Wahlkampf gegen Patrizier durchzusetzen. Die Gesetze bedeuteten einen wesentlichen konstitutionellen und institutionellen Machtzuwachs der Plebejer, die nunmehr nicht ausschließlich auf das Amt der Volkstribunen angewiesen waren, um ihre Forderungen durchzusetzen. Dennoch blieb ein – mehr und mehr dahinschmelzender – Standesunterschied zwischen Plebejern und Patriziern bis in die Spätantike bestehen, als der Titel *patricius* vom Kaiser an verdiente Männer verliehen werden konnte und von den alten, republikanischen Patrizierklans infolge der Bürgerkriege und verschiedener Geschehnisse nur noch eine Handvoll übrig war. Es sollten indes einige Jahre vergehen, bis der Senat nach hartnäckiger Obstruktionspolitik dem Gesetzespaket zustimmte. Erst nachdem Sextius und Licinius ihrerseits die Wahl der Militärtribunen blockierten und somit massiv die geplanten Kriegszüge störten, gaben die Senatoren ihren Widerstand auf.